

Brüssel hat dem Rauchen den Kampf angesagt. Und dies obwohl die Europäische Union von den Mitgliedsländern keine direkte Kompetenz für das Gesundheitswesen erhalten hat. Indirekt kann die EU aber großen Einfluss nehmen, weil die öffentliche Gesundheit nicht von anderen öffentlichen Bereichen scharf getrennt werden kann. So sind von der EU wichtige Impulse auf Länder wie Deutschland, England und Österreich ausgegangen, die bisher nur halbherzig Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums getroffen haben.

Der Begriff „öffentliche Gesundheit“ (Public health) ist vor allem in Amerika ganz geläufig. Mehrere Universitäten in den Vereinigten Staaten haben eine eigene Fakultät (z. B. Harvard School of Public Health) gegründet, weil Gesundheit keine reine Privatangelegenheit ist. Aus der Sicht der politischen Ethik muss der Staat und seine Organe für Lebensbedingungen sorgen, die es erlauben, gesund zu leben. Der Staat ist daher verpflichtet, die notwendigen Strukturen zu schaffen, z. B. Aufklärung über gesundheitliche Gefährdungen zu fördern und sogar gegebenenfalls sie selbst zu betreiben. Es liegt außerdem in der öffentlichen Kompetenz, Missstände zu beheben und Risiken zu minimieren bzw. unfreiwillig Gefährdete zu schützen.

Im deutschen Kulturraum scheint es etwas länger als in anderen Regionen zu dauern, bis die staatlichen Organe ihre Verantwortung in Sachen Tabakrauchen wahrnehmen. Jetzt aber könnte es so weit sein. Österreich und Deutschland sind bereit, mehr als nur Scheinmaßnahmen zu treffen. Natürlich steigen gleichzeitig die Tabaklobbys auf die Barrikaden. Unter dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ versuchen sie jede Maßnahme, die das Rauchen einschränkt, erstens als einen Angriff auf die Freiheit der Bürger, und zweitens wirtschaftspolitisch als wahnwitzig hinzustellen.

Mit dem Vorwurf des Attentats auf die persönliche Freiheit der Bürger wird auch gemeint, dass damit die tragende Säule des demokratischen Selbstverständnisses unserer Kultur getroffen wird. In Wirklichkeit ist es aber umgekehrt. Dadurch, dass das Rauchen zu einem tief verwurzelten kulturellen Phänomen geworden ist, in einer Zeit, als die Schädlichkeit eines gemäßigten Tabakrauchens und des Passivrauchens noch nicht medizin-wissenschaftlich unwiderlegbar bewiesen werden konnte, haben die Raucher das für sich und für Dritte schädigende Verhalten, ohne sich vor jemandem verantworten zu müssen, durchgesetzt. Es ist also nicht die Freiheit des Rauchers, die nun durch gesetzliche und sozialpolitische Maßnahmen abgeschnitten werden soll. Ziel ist es vielmehr, die während der letzten Jahrhunderte straflos beraubte Freiheit der Nichtraucher und der potentiellen Raucher (z. B. der Jugendlichen durch Mangel an richtiger Aufklärung) zu schützen. Dies wird besonderes deutlich, wenn das Phänomen Rauchen aus einer kultursoziologischen und -ethischen Perspektive beleuchtet wird, wie es im Focusbeitrag dieses Heftes der Fall ist.

Gerade aus der kultursoziologischen Perspektive zeigt sich, wie tenden-

ziös und gewinnorientiert die Propaganda der Tabakindustrie ist. In den letzten Wochen hat sie in mehreren Ländern Europas die Nachricht verbreiten lassen, dass die von der EU in allen Mitgliedstaaten erwirkte Maßnahme, die Tabakpackungen mit starken Warnungen für den Raucher zu versehen, keine Umsatzeinbußen gebracht hat. Abgesehen davon, dass es noch zu früh ist, die Wirkung der Maßnahme zu prüfen, müsste die Tabakindustrie wissen, dass Warnungen auf Zigarettschachteln nur ein Teil der neuen Aufklärungsstrategie ist, die sich nicht so sehr an die aktuellen Raucher richtet, die mehr als solche Sprüche benötigen, um die Sucht zu überwinden, sondern primär potentielle Raucher abschrecken will.

Die Raucherlobbys könnten allerdings darin recht haben, dass die wirksamen Maßnahmen zur Einschränkung des Rauchens rein ökonomisch betrachtet kontraproduktiv sind, d. h. letztlich werden sie viel Geld kosten. Die Raucher tragen mit ihren Steuern wesentlich mehr als ihre Mitbürger zur Finanzierung des Gesundheitssystems und der Pensionsfonds bei: sie sterben durchschnittlich neun Jahre früher als die Nichtraucher und konsumieren daher kaum ihre Pensionen. Außerdem belasten sie auch weniger das Gesundheitsbudget, weil sie die Krankheitsjahre, die erst im hohen Alter sehr teuer werden, kaum erreichen. Darüber hinaus würde eine rasche Abnahme des Tabakverbrauchs zum Verlust von vielen tausenden Arbeitsplätzen in allen Ländern der Welt führen. Man sollte vor allem den zweiten Teil des Arguments ernst nehmen und Vorsorge treffen, den Verlust der Arbeitsplätze durch Schaffung von neuen Betätigungsmöglichkeiten zu kompensieren. Dies ist politisch machbar und ethisch geboten. Der von einem zynisch-ökonomischen Utilitarismus durchdrungene erste Teil des Arguments muss aber aus einer ethischen Position heraus zurückgewiesen werden. Man darf nicht vergessen, dass es sich um die größte „Epidemie“ unserer Zeit handelt. Man kann die Raucher einfach nicht als „nützlich“ hinstellen und volkswirtschaftlich gesehen instrumentalisieren, ebenso wenig wie eine Katastrophe, die Millionen von Menschenleben fordert, deshalb zu begrüßen wäre, weil sie die Überlebenden wirtschaftlich besser stellt. Es ist daher politisch unmoralisch, einen Industriezweig, dessen Produkte große gesundheitliche Schäden bewirken, nur deshalb zu rechtfertigen und zuzulassen, weil er große Staatseinnahmen bringt und indirekt eine Verminderung der Staatsausgaben (Pensionen und Gesundheitskosten) bewirkt. Man darf einfach den jährlichen Verlust von fünf Mio. Menschenleben und den insgesamt 44 Mio. Lebensjahren, die der Tabakkonsum verursacht, gegen materielle Vorteile nicht aufwiegen. Der Tausch von Leben gegen Geld widerspricht der Würde des Menschen. Die Tatsache, dass die Raucher „freiwillig“ rauchen, ändert nicht viel daran. Politik und Bürger wären dazu verpflichtet, alles Mögliche zu tun, damit alle Entscheidungen zum Rauchen tatsächlich unter jenen Bedingungen erfolgen, die es erlauben, sie als frei zu bezeichnen. Dafür muss die Gesellschaft jegliche Art von Fehlinformation unterbinden: Der Weg bis dorthin ist noch lang, aber die Richtung stimmt jetzt.

Die Herausgeber